

Skandal um Busfahrer: Thüringen fordert Prüfung unerwünschter Fahrer!

Der Landeselternsprecher in Thüringen fordert Maßnahmen gegen einen rechtsextremen Busfahrer. Schulen und Behörden müssen handeln, um die Sicherheit der Schüler zu gewährleisten.



Mittelthüringen, Deutschland - Im Thüringer Schulverkehr gibt es besorgniserregende Entwicklungen, die die Sicherheit von Schülern und die Integrität von Schulfahrten betreffen. Peter Oehmichen, Landeselternsprecher in Thüringen, hat eindringlich die Schulbehörde aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen. Er macht darauf aufmerksam, dass die Behörde im schlimmsten Fall das betreffende Busunternehmen aus ihrem Anfragekatalog streichen sollte, um unangemessene Fahrer auszuschließen. Lehrer sollten zukünftig vor Ort überprüfen, ob ein unerwünschter Fahrer auftritt und gegebenenfalls die Fahrt absagen.

Die Problematik besteht darin, dass viele Schulen oft den günstigsten Anbieter für Transportdienste wählen, was

potenziell zu einer Missachtung der Sicherheitsstandards führt. Oehmichen schlägt vor, dass die Schulbehörde dem Busunternehmen unmissverständlich mitteilen sollte, dass unerwünschte Fahrer nicht eingesetzt werden dürfen. Einige Landkreise haben bereits gute Praktiken etabliert, indem sie sich vom Busunternehmen bestätigen lassen, dass das Fahrpersonal für Schulfahrten geeignet ist. So können Fahrer mit bestimmten Vorstrafen von Schulfahrten ausgeschlossen werden.

Erweiterte Führungszeugnisse gefordert

Laut dem Thüringer Bildungsministerium müssen Busfahrer, die Schüler transportieren, ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis vorlegen, das keine Einträge aufweist. Diese Richtlinie soll sicherstellen, dass nur vertrauenswürdige Personen im Schülerverkehr tätig sind. Das Schulamt Mittelthüringen wurde angewiesen, die verantwortlichen Busunternehmen auf diese Vorgaben aufmerksam zu machen. Eine angemessene Überprüfung des Fahrpersonals ist von entscheidender Bedeutung, um das Wohl der Schüler zu sichern.

Um die Sicherheit an Haltestellen weiter zu verbessern, ist ein Anforderungskatalog für Haltestellen von großer Relevanz. Dieser Katalog, der auf Literaturrecherchen und Beobachtungen basiert, richtet sich an Behörden, Eltern und Elternvertreter und wird zur Errichtung und Bewertung von Haltestellen hinzugezogen. Die Vorgaben hinsichtlich der Haltestellen sind nicht gesetzlich verbindlich, können jedoch im Streitfall nützlich sein. Alle Maßnahmen sollen an die örtlichen Gegebenheiten angepasst werden.

Maßnahmen für sichere Haltestellen

Zu den wichtigsten Anforderungen gehört, dass Haltestellen mindestens einen Meter Abstand zur Fahrbahn haben und eine Fläche von mindestens einem Quadratmeter pro Person bieten müssen. Zudem müssen Verkehrsschilder zur Anzeige der Gefahrensituation frühzeitig aufgestellt werden, insbesondere

bei ungünstigen Lichtverhältnissen. Der Einsatz von Warnblinkern durch das Fahrpersonal ist ebenfalls notwendig, um die Sicherheit zu erhöhen.

Für die Haltestellen ist es wichtig, dass sie ausreichend beleuchtet sind und über Markierungsstreifen verfügen, die den Abstand zu anfahrenden Fahrzeugen sicherstellen. Bei neuen oder geänderten Haltestellen müssen die Eltern über eventuelle Gefahrenstellen informiert werden, um deren Sicherheit zu gewährleisten. Zudem wird empfohlen, dass Schulelternbeiräte und Schulleiter die Möglichkeit zur Stellungnahme erhalten.

Insgesamt ist die Sicherheit im Schulverkehr ein zentrales Anliegen, das sowohl von den zuständigen Behörden als auch von den Schulen proaktiv angegangen werden muss. Der umfassende Anforderungskatalog und die Forderungen nach erweiterten Führungszeugnissen sind Schritte in die richtige Richtung, um das Vertrauen der Eltern in die Schultransportdienste zu stärken.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Mittelthüringen, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.mdr.de• bildung.thueringen.de• www.schulbus.net

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de